

# PARLAMENTSTICKER

AUS DEM LANDTAG | 30. MAI 2018



## ANTRAG BÜRGERSCHAFT WILL ZWECKENTFREMUNG VON WOHNUNGEN BEENDEN

**Die Bürgerschaft hat heute das Wohnraumschutzgesetz in erster Lesung beschlossen. Ziel des Gesetzes, das auf eine Initiative der SPD-Fraktion zurückgeht, ist es, Leerstände und Zweckentfremdungen von Wohnraum – etwa durch die dauerhafte Vermietung als Ferienwohnung – zu verhindern. Der SPD-Fraktionsvorsitzende, Björn Tschöpe, machte in der Debatte klar: „Für uns steht fest: Wohnungen sollen ein Zuhause sein, keine Handelsware!“**

In Berlin war es schon ein Erfolg. Dort sei es mit einem Zweckentfremdungsgesetz gelungen, 8.000 Wohnungen wieder dem regulären Mietmarkt zur Verfügung zu stellen, erklärte Björn Tschöpe heute in der Bürgerschaft. Rechne man dies auf Bremen herunter, so könnten 300 bis 500 Wohnungen so wieder auf den regulären Mietmarkt zurückgeführt werden. Valide amtliche Zahlen gebe es hier zwar nicht, gleichwohl ließen sich auf den einschlägigen Internetseiten rund 200 Wohnungen finden, die ausschließlich für Beherbergungszwecke verwendet würden.

Tschöpe betonte, dass sogenannte Homesharing-Angebote, also die Vermietung des eigentlich selbstgenutzten Wohnraums in Teilen oder über kürzere Zeiträume von dem neuen Gesetz nicht erfasst – und mithin nicht eingeschränkt – würden. Neben dem Leerstand, der an vielen

Orten in der Stadt zu beobachten sei und bei dem es sich vermutlich zumindest in Teilen um die Folgen von Spekulationen mit Grundstücken und Häusern handle, habe vor allem auch die dauerhafte Zweckentfremdung von Wohnraum negative Auswirkungen auf das Mietniveau.

„Hier geht es nicht um diejenigen, die ein Zimmer an Studenten oder Auswärtige vermieten. Hierzu haben wir faire Regelungen getroffen, denn wer ein Zimmer seiner Wohnung oder nicht länger als 90 Tage vermietet, ist von dem neuen Gesetz nicht betroffen“, stellte Tschöpe klar und



Björn Tschöpe

betonte: „Im Kern geht es hier um amerikanische Multi-Milliarden-Dollar-Konzerne, die ihren Profit erzielen auf Kosten der Kommunen und derjenigen, die ein vernünftiges Mietniveau wollen.“

„Die Bereitstellung von ausreichend bezahlbarem Wohnraum ist eine der wichtigsten Aufgaben, mit denen wir uns derzeit befassen“ so Tschöpe weiter. „Unsere erste Priorität ist es dabei, Wohnraum zu schaffen. Aber ich bin überzeugt, dass wir heute ein Instrument vorlegen, das geeignet ist, zusätzlichen Wohnraum in Bremen bereitzustellen, indem wir regulieren und Zweckentfremdungen beenden.“

> **Antrag: Bremisches Wohnraumschutzgesetz; Wohnraum schützen, Leerstand und Zweckentfremdungen beenden**  
<http://tiny.cc/WOHNRAUMSCHUTZ>

## ANFRAGE **GESUNDHEITSWIRTSCHAFT – LAND BREMEN HAT VIEL ZU BIETEN**

**Für Steffi Dehne, gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, steht fest: „Bremen und Bremerhaven haben im Bereich Gesundheitswirtschaft und Life Science viel zu bieten.“ Das zeige auch die Antwort des Senats auf die Große Anfrage von SPD und Grünen, die heute in der Bürgerschaft debattiert wurde.**

„Wenn man an ‚Gesundheitswirtschaft‘ denkt, dann fallen einem zuerst die Bereiche ein, die man aus dem täglichen Umgang kennt, nämlich Pflegerinnen, Ärztinnen, Apotheker, Physiotherapeutinnen oder Augenoptiker“, erklärte Dehne. Dazu gehöre in Bremen und Bremerhaven jedoch auch ein großer Wirtschafts- und Forschungsbereich.

Nun gebe es im Land Bremen in diesem Bereich zwar keine Großunternehmen wie etwa Bayer in Leverkusen oder Dräger in Lübeck, dennoch seien auch hier viele starke Player und auch ein starker Mittelstand vertreten. „Wir haben viele zarte, kleine Pflänzchen, die mit hervorragenden Produkten am



Steffi Dehne

Markt sind, und auch im Bereich der Wissenschaft sind wir gut aufgestellt“, so Dehne.

„Dass heute rund 15 Prozent der gesamten Erwerbstätigkeit im Land Bremen



auf die Gesundheitswirtschaft entfallen, unterstreicht zudem die Bedeutung dieses Wirtschaftsbereichs“, bekräftigte die Sozialdemokratin und ergänzte: „2016 entfielen alleine 61.000 Arbeitsplätze in Bremen und Bremerhaven auf diesen Bereich. Das ist eine Steigerung um rund 26 Prozent in den zurückliegenden sieben Jahren.“

Bremen besitze somit alle Voraussetzungen dafür, die Zukunft der Gesundheitswirtschaft mitzugestalten. „Zumal Bremen nach wie vor als Standort für ältere Menschen interessant ist, wie eine aktuelle Studie zuletzt noch einmal bestätigt hat“, erklärte die Gesundheitspolitikerin. „Denn gerade die Erhaltung der Gesundheit der Menschen, die in 20 Jahren zu den Älteren gehören werden, stellt uns vor Aufgaben.“

Dafür müssten die bestehenden Unternehmen und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter besser vernetzt werden, so Dehne. „Wovon wir mehr brauchen ist: Anstoß, Koordination und Moderation. Wir brauchen eine Plattform für eine bessere Zusammenarbeit in der Gesundheitswirtschaft.“

Die Antwort des Senats habe gezeigt, dass Bremen und Bremerhaven in diesem Bereich bereits gut aufgestellt seien und auch für die Zukunft viel Potential hätten. „Lassen Sie uns weiter daran arbeiten, die Gesundheitswirtschaft und die Life Sciences in Bremen und Bremerhaven weiter voran zu bringen“, forderte Dehne abschließend.

## ANTRAG **BÜRGERSCHAFT GEDENKT GLADBECK-OPFERN**

**Dreißig Jahre ist das Geiseldrama von Gladbeck in diesem Jahr her. Es erschütterte damals die ganze Bundesrepublik. Und auch Bremen war dabei ein besonderer Schauplatz. Die Bürgerschaft hat heute einstimmig beschlossen, dass den Opfern und Angehörigen angemessen gedacht und in der Nähe des Busbahnhofs Huckelriede ein Gedenkort entstehen soll. Auch soll es in Bremen zukünftig einen zentralen Ansprechpartner für Opfer geben.**

Es war im August 1988, als zwei Männer in Gladbeck eine Bank überfielen, im weiteren Verlauf Geiseln nahmen und die Flucht antraten. Diese Flucht führte sie auch nach Bremen. Hier kaperten sie einen vollbesetzten Linienbus und fuhren damit in die Niederlande. Zwei der Businsassen starben im Verlauf der Geiselnahme: der damals 14-jährige Emanuele De Giorgi und die damals 18-jährige Silke Bischoff.

Die Bürgerschaft hat heute einstimmig einen Antrag beschlossen, den CDU, SPD, Grüne und Linke gemeinsam eingebracht hatten. Darin spricht sie den Opfern und Angehörigen ihre Anteilnahme aus und erkennt die besondere Verantwortung Bremens an. Sie bedauert den damaligen Umgang mit den Opfern und fordert den Senat zum einen auf, einen Erinnerungsort für die Opfer des Geiseldramas am Busbahnhof Huckelriede zu initiieren. Zum

anderen soll er den Geschnehten sowie der Opfer und Angehörigen in einer Veranstaltung anlässlich des 30. Jahrestages angemessen gedenken. Und schließlich soll der Senat die Vorschläge, die Kurt Beck als Beauftragter für die Opfer und Hinterbliebenen des Terroranschlags auf dem Berliner Breitscheidplatz gemacht hat, auch in Bremen umsetzen. Konkret: Es soll einen zentralen Ansprechpartner für alle Fragestellungen geben, an den sich die Opfer und Angehörigen eines solch dramatischen Ereignisses wenden können.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende, Björn Tschöpe, hob in seiner Rede vor allem diesen letzten Beschlussteil hervor. „Es hat damals Veränderungen bei der Polizei gegeben und eine Veränderung des Pressekodex‘. Aber eines hat sich in den vergangenen 30 Jahren in ganz Deutschland nicht entscheidend verändert: Dass Opfer und ihre Angehörigen sich teilweise alleingelassen fühlen. Wir tun deshalb gut daran, die Empfehlungen von Kurt Beck auch in Bremen umzusetzen und hier einen zentralen Ansprechpartner zu benennen – damit diesen Leuten wirklich geholfen wird.“

**>Antrag: Der Opfer und Angehörigen der Geiselnahme von Gladbeck angemessen gedenken!**  
<http://tiny.cc/gladbeck>